

„Aufbruch Bayern als Modell: Politik für ein zukunftsfähiges Deutschland“



HORST SEEHOFER, MdB

Bayern steht gut da, so gut wie nie zuvor in seiner Geschichte. Noch nie gab es im Freistaat so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, rund 4,7 Millionen. In mehr als der Hälfte der 96 bayerischen Landkreise herrscht praktisch Vollbeschäftigung. Ein wichtiger Erfolg ist, dass sich die Schere bei den Arbeitslosenzahlen zwischen Nord- und Südbayern schließt. Zudem ist die Sockelarbeitslosigkeit erstmals nachhaltig rückläufig. Trotz trüberer Konjunkturaussichten dürfen wir mit weiter steigender Beschäftigung rechnen.

Diese hohe Beschäftigung und soziale Sicherheit in Bayern verdanken wir in erster Linie den Unternehmerinnen und Unternehmern. In der Krise haben sie Verantwortung für ihre Mitarbeiter bewiesen und profitieren nun im Aufschwung von der Qualifikation und Motivation ihrer Belegschaft. Bayern gehört heute zu den internationalen Top-Wirtschaftsstandorten. Wir verfügen über ein einzigartiges Netz an hervorragenden Unternehmen in Industrie, Handwerk und im Dienstleistungssektor. Gerade diese Vielfalt ist unsere Stärke.

Die Bayerische Staatsregierung ist verlässlicher Partner der Betriebe im Freistaat, vor allem auch im verarbeitenden Gewerbe. „Wir können auf Dauer nicht davon leben, dass wir uns gegenseitig die Haare schneiden“, so hat der Präsident des Wirtschaftsbeirates Otto Wiesheu die Bedeutung einer modernen Industrie und die Notwendigkeit einer dynamischen Weiterentwicklung auf den Punkt gebracht.

Franz Josef Strauß hat gesagt: „Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.“ Dieser Leitspruch gilt bis heute. In Bayern hat Innovation Tradition.

Wir haben in den vergangenen 20 Jahren mit unseren Initiativen „Offensive Zukunft Bayern“ und der „High Tech-Offensive“ insgesamt rund 4,5 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung investiert, in High-Tech-Zentren von Weltrang, beispielsweise in den Campus Garching und die Neutronenquelle, in landesweite Qualifizierungsprogramme und unsere Hochschulen überall in Bayern. Wir haben sieben neue Fachhochschulen gegründet. Die Zahl der Studenten in Bayern ist seit dem Jahr 2000 um rund 50 Prozent auf mehr als 320.000 gestiegen. Wir haben 40 Gründerzentren aufgebaut und unsere Clusterstrategie weiterentwickelt.

Wir erbringen in Bayern rund 20 Prozent der FuE-Leistungen Deutschlands. Rund ein Viertel aller deutschen Patentanmeldungen kommt aus dem Freistaat. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung bescheinigt Bayern eine überdurchschnittliche Zahl an High-Tech-Unternehmensgründungen. Diese Dynamik muss durch stete Investitionen erhalten bleiben.

Der bayerische Weg heißt: langfristig handeln und Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Deshalb legen wir auch zum sechsten und siebten Mal in Folge einen

ausgeglichene Staatshaushalt vor. Damit wir in Zukunft genauso kraftvoll handeln können wie bisher – für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde. Wir schaffen beides: ein ausgeglichenes Budget und milliardenschwere Investitionen. Damit sind wir vorbildlich in Deutschland und Europa. Das zeigt: Die finanziell Soliden sind langfristig die wirtschaftlich Starken.

Das erste Ziel der Bayerischen Staatsregierung war und ist, den kommenden Generationen Chancen zu hinterlassen. Diesen Weg setzen wir fort mit unserer Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern. Familie, Bildung, Innovation“. Wir festigen mit „Aufbruch Bayern“ die Grundpfeiler für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Wir stärken die Familien, schaffen beste Bildung und fördern Innovationen noch stärker. Wir packen an für den Aufbruch Bayerns in ein neues Energiezeitalter – langfristig, bezahlbar und sicher. Wir sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns.

Wir stärken die Familien, weil nur die Familie das Urvertrauen schafft, das ein Leben lang trägt. Nur wer selbstbewusst auf die Welt zugeht, ist neugierig auf Neues, kann innovativ sein und Zukunft gestalten. Wir haben unsere staatlichen Ausgaben für Familien letztes Jahr auf zwei Milliarden Euro erhöht. Im kommenden Jahr werden wir auf 2,2 Milliarden Euro aufstocken. Wir zahlen das Landeserziehungsgeld weiter. Wir unterstützen die Jugendlichen durch mehr Sozialarbeit an Schulen. Wir verbessern die Beratungsangebote für Familien. Wir bauen die Kinderbetreuung aus. Die Förderung steigt bis 2012 auf über eine Milliarde Euro. Bayern hat schon heute mit mehr als 71 Prozent mit die höchste Frauenerwerbsquote. Mit der weiter ausgebauten Kinderbetreuung wollen wir dazu beitragen, dass jede Frau, die es will, Beruf und Familie vereinbaren kann. >>

>> Wir investieren in Bildung. Diese Staatsregierung hat schon jetzt ein Markenzeichen: zusätzlich zwei Milliarden Euro für Bildung, seit 2008 ein Plus von 15 Prozent. Mit unserem Nachtragshaushalt werden wir die Ausgaben weiter verstärken. Wir bauen die Ganztagsangebote aus und verringern den Unterrichtsausfall auf ein Minimum. Die bayerischen Schüler schneiden in den Pisa-Tests regelmäßig mit Bestnoten ab. Bayern ist und bleibt das Land mit den besten Bildungschancen. Qualifikation ist die erste und beste Antwort auf den Fachkräftebedarf. So kann zum Beispiel bei uns jeder Meister studieren, und 42 Prozent unserer Studienberechtigten kommen über die beruflichen Schulen.

Wir schaffen noch bessere Voraussetzungen für Innovationen. Wir sorgen für zusätzliche neue Forschungsinstitute. Wir bauen mit zusätzlich 900 Millionen Euro Hochschulen, Universitäten und Technologietransferzentren aus. Wir schaffen 38.000 neue Studienplätze. Bayern hat exzellente Hochschulen. Wir steigern ihr Niveau. Vor kurzem haben wir in Martinsried den Grundstein für das neue Biomedizinische Zentrum der Ludwig-Maximilians-Universität München gelegt. Wir realisieren in Bayern den größten Forschungsbau, der jemals vom Bund mitfinanziert wurde. Unser Anteil liegt bei 75 Millionen Euro. Auch dank solcher Leuchttürme gehören die bayerischen Hochschulen zu den besten in Deutschland.

Wir haben mit den Privatisierungserlösen nach dem Motto „Gestalten statt Besitzen“ richtig gehandelt. Dabei ist jeder Euro, den wir in Martinsried und in ganz Bayern aus Privatisierungserlösen investiert haben, gut angelegt. Jeder Euro bringt Rendite in Form von Spitzenforschung, neuen Produkten und zukunftssicheren Arbeitsplätzen.

Der Beamte ist nicht der bessere Manager. Das gilt gerade beim Aufbruch in das neue Energiezeitalter. Die Energie der Zukunft kann nicht planwirtschaftlich verordnet werden. Wir brauchen das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte, von Staat, Wissenschaft und Unternehmen. Ich baue auf die Energiewirtschaft, die Kommunen, Verbände und dezentralen Energieerzeuger. Die Energieagentur im Bayerischen Wirtschaftsministerium wird die notwendigen Schritte zum Umbau unserer Energieversorgung koordinieren und vorantreiben. Wir werden den Anteil erneuerbarer Energien innerhalb der nächsten zehn Jahre verdoppeln. Das bedeutet einen Investitionsschub von rund 200 Milliarden Euro in ganz Deutschland. Davon soll Bayern besonders profitieren – ganz Bayern.

Jede unserer Regionen ist attraktiv. Heute leben in Bayern rund 12,5 Mio. Menschen, 1990 waren es nur rund 11,4 Mio. Seit 1990 kamen allein aus dem Rest von Deutschland per saldo rund 800.000 Menschen zu uns. Das ist eine Abstimmung mit

dem Umzugswagen, die anhalten wird. Bayern kann trotz schrumpfender heimischer Bevölkerung bis 2030 mit einer zunehmenden Einwohnerzahl rechnen. Deshalb brauchen wir in Bayern höhere Investitionen in die Infrastruktur, in Straße, Schiene und schnelles Internet. Hier werden wir im Nachtragshaushalt ebenfalls Schwerpunkte setzen. Aber wir fordern auch vom Bund eine bessere Finanzausstattung.

„Aufbruch Bayern“ ist unsere Antwort auf die Zukunft: vorausschauende Familienpolitik, beste Bildung, kraftvolle Innovations- und Investitionsanreize, Aufbruch zur Energie der Zukunft, eine auf Zukunft ausgerichtete Politik für alle Regionen. Das ist unser bayerischer Weg. Offensive Entfaltung aller Talente, aktivieren statt alimentieren, Chancen für alle – damit schafft Politik Vertrauen, ohne gleich den Himmel auf Erden zu versprechen. Ehrliche Politik mit messbaren Erfolgen für die Menschen, das muss der Maßstab auch in Deutschland und Europa sein. Dann steht uns im Zeitalter der Globalisierung und der vernetzten Weltwirtschaft die Zukunft offen.



HORST SEEHOFER
Bayerischer Ministerpräsident

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Vinzent Ellissen, München
- Dr. Robert Niemann, München
- Andreas W. Grimm, Pullach
- Biersack Technologie GmbH & Co. KG, Dominik Biersack, Beilngries
- Verband Freier Berufe in Bayern e.V., Julia Maßmann, München
- Jürgen Seiler, Veitsbronn
- Gisbert Köhler, Niederroth
- Rainer-Maria Geisler, Bad Kissingen

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann • **Red.-schluss:** 27.10.11 **Produktion:** WELTBUCH Verlag GmbH, www.weltbuch-media.de

IHR LEBEN ALS BUCH

Nach Ihren Ideen, aufgeschrieben von einem Berufsjournalisten, nach Ihren Vorstellungen gestaltet, als Foto-Manuskript oder Buch gedruckt, zum Verschenken, zum Vererben oder einfach nur aus Spaß am Dokumentieren*.

*P.S. Texte auch geeignet als: Große Lebensbiografie, Firmen-, Jubiläums- oder Vereinsausgabe, Geburtstags- oder Weihnachtsgeschenk. Redetexte und wissenschaftliche Arbeiten auf Anfrage.

Dr. Ulrich Probst • Tel. 089 3612046



Alles in Textil... bestickt – gewoben – bedruckt – bestrast individuell gefertigt z.B. Trage-/Rucksacktaschen für Kinder & Erwachsene auch Öko-Tex/Bio-Baumwolle

München - Kißlegg - Zürich - Wien
Kerler GmbH Accessoires & Fashionteam
Schwanthaler Str. 100, 80336 München
Telefon: 089 54329890,
Telefax: 089 54343587,
E-Mail: post@kerler.de
Internet: www.kerler.de,
www.kerlergmbh.ch, www.kerler.at

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

vor gut einem Jahr, im „Herbst der Entscheidungen“, hatte man hoffen dürfen, die Bundespolitik würde Zeit finden, mit der nötigen Gründlichkeit und überzeugenden Konzepten die Weichen aktiv und vorausschauend auf Zukunftssicherung stellen zu können. Daraus ist nichts geworden. Seit Monaten geht es fast nur noch um reaktive Krisenbewältigung. Selten zuvor in der Nachkriegszeit ist eine Regierung von den Ereignissen so getrieben worden wie die jetzige.

Der Reaktorunfall in Fukushima im März hat die gerade erst gefassten Beschlüsse zugunsten längerer Laufzeiten der Kernkraftwerke jäh über den Haufen geworfen. Sie wurden unter dem Druck der öffentlichen Meinung in ihr Gegenteil verkehrt. Deutschland steigt innerhalb einer Dekade vollständig aus der Kernenergie aus und in erneuerbare und fossile Energien um.

Parallel dazu hat die Staatsschuldenkrise in der Eurozone immer dramatischere Dimensionen angenommen. Immer umfangreichere Rettungspakete mussten unter größtem Zeitdruck bei wachsenden Zweifeln geschnürt werden. Verantwortbar oder

nicht verantwortbar? Die Entscheidungsträger in den Regierungen und Parlamenten waren und sind in diesen Wochen und Monaten nicht zu beneiden.

Auf dem EU-Gipfel am 26. Oktober ist der EU-Rettungsschirm in einem politischen Kraftakt ohnegleiches noch einmal ausgeweitet worden – durch Hebelung der EFSF-Mittel auf mehr als eine Billion Euro. Gleichzeitig haben sich die Banken auf Drängen der Politik bereit erklärt, nicht nur auf 20 Prozent wie ursprünglich geplant, sondern auf 50 Prozent ihrer Forderungen an den griechischen Staat zu verzichten. Damit soll die Staatsschuld Griechenlands wieder tragfähig gemacht und der europäische Steuerzahler als alleiniger „Retter“ entlastet werden.

Ob dadurch die erwünschte Ruhe und Stabilität auf den Finanzmärkten dauerhaft zurückkehrt, bleibt abzuwarten. Gelingt es Portugal, Irland, Italien, Spanien sich durch eine überzeugende Politik des Sparens und Investierens aus der „Schusslinie“ zu bringen oder kommt es zu den befürchteten Dominoeffekten? Wie verkraften die Banken den Schuldenschnitt? Resultiert daraus womöglich eine Verknappung des Kreditangebots, weil nicht mehr genügend Eigenkapital da ist? Das Krisenmanagement kann also noch nicht zu den Akten gelegt werden.

Wie vorauszuspüren war, haben die immer neuen „Brände“ an den Finanzmärkten die Gesellschaft erreicht und weltweit zu einer wachsenden Protestwelle geführt. Zum Teil richtet sich diffuser Zorn gegen die Macht der Banken: „Occupy Wallstreet“, „Besetzt Frankfurt“. Wobei mir persönlich, am Rande bemerkt, nicht klar ist, warum die Demonstranten ihr Zeltlager in Frankfurt gerade vor dem Gebäude der Europäischen Zentralbank aufgeschlagen haben, die nun sicher nicht zu den „Bösewichten“ gezählt werden kann.

Zum Teil mündet der Protest aber auch in generelle Systemkritik und in den Ruf nach

Systemüberwindung. Wie üblich bleiben dabei die Konturen eines vermeintlich besseren Systems verschwommen und unbestimmt. „Das alte muss auf jeden Fall weg, über das neue müssen wir erst noch diskutieren.“

Auseinandersetzen müssen wir uns mit diesen Protesten schon. Allein schon deshalb, weil breite Bevölkerungskreise das allgemeine Unbehagen über die Entwicklungen im Finanzsystem teilen. Ängste vor einer galoppierenden Inflation greifen ebenso um sich wie Ängste vor Vermögensschnitten und einer Währungsreform. Sorgen um mögliche negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft und den eigenen Arbeitsplatz kommen hinzu. Das lässt sich nicht einfach wegwischen. Hier helfen nur nüchternes, geduldiges Argumentieren und überzeugende Reformen.

Man mag ja noch der These zustimmen, dass die Subprimekrise primär von „Zockereien“ im Bankensystem ausgegangen ist. Die aktuelle Finanzkrise freilich wurde durch eine exzessive Schuldenpolitik einer Reihe von Eurostaaten ausgelöst. Sie kann den Banken nicht in die Schuhe geschoben werden, zumindest nicht allein. Mit einer Verstaatlichung des Bankensystems ist jedenfalls nichts gewonnen, wie die diversen Schieflagen im Landesbankensektor zeigen. Die Finanzinstitute müssen vielmehr mit dem Ziel größerer Stabilität weltweit besser reguliert werden. Leider fehlt es daran in weiten Teilen nach wie vor. Das darf nicht so bleiben! Die Leitgedanken für eine nachhaltige Rahmenordnung liefert dabei nicht der Demokratische Sozialismus, dem sich die Linke wider besseres historisches Wissen in ihrem Erfurter Programm gerade verschrieben hat, sondern die wert- und regelgebundene Soziale Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft steht deshalb auch im Vordergrund unserer Generalversammlung 2011.

Ihr **JÜRGEN HOFMANN**

Anzeigen im **KOMPASS** bringen Kontakte!

Anzeigen bequem und formlos per Fax oder E-Mail buchen oder Mediadaten anfordern unter:
weltbuch@mac.com
oder Telefax:
0351-4794245

1/1
19 x 27,4 cm
1.320,- €

1/2
19 x 13,5 cm
850,- €

1/3
■ 6 x 27,4 cm
□ 19 x 8,8 cm
620,- €

1/4
■ 6 x 20 cm
□ 19 x 6,4 cm
340,- €

1/8
■ 6 x 9,8 cm
□ 9,2 x 6,4 cm
290,- €

Wie der Euro zu retten ist – 10 Empfehlungen

Es gibt keine einfache Lösung für die Euro-Krise. Vielmehr ist Durchwursteln angesagt. Weil die peripheren Länder zu teuer sind, müssen sie billiger werden, aber das tun sie nur, wenn der öffentliche Geldfluss allmählich versiegt. Nach der Phase der lockeren Budgetbeschränkungen kann der Euro-Raum nur durch härtere Budgetbeschränkungen gesunden, die eine reale Abwertung erzwingen. Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Keine weiteren Käufe von Staatsanleihen

Weitere Ankäufe von Staatsanleihen durch den Euro-Rettungsfonds (EFSF) und die Europäische Zentralbank (EZB) werden verboten. Nur Hilfsprogramme unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind noch zulässig. Eurobonds werden dauerhaft als Mittel der Staatsfinanzierung ausgeschlossen. Selbst wenn es die Vereinigten Staaten von Europa gäbe, wären Eurobonds abzulehnen. Weder die USA noch die Schweiz – beides Staaten mit föderalem Finanzsystem, die auf einen langen Prozess von „Versuch und Irrtum“ zurückblicken – sehen diese Art von Hilfe vor. Die Möglichkeit des Staatsbankrotts ist von elementarer Bedeutung für die Funktionsfähigkeit eines föderalen Systems.

2. Rückzahlung des Target-Kredits

Der Kredit, den die Bundesbank an die GIPS-Länder vergeben hat (Target-Kredit) darf nicht ausgeweitet werden. Die Target-Salden müssen einmal jährlich durch marktfähige, zinstragende Vermögensobjekte wie international handelbare Staatspapiere ausgeglichen werden. Übergangsregelungen für den Abbau der bestehenden Salden sind einvernehmlich zu treffen.

3. Neuverteilung der EZB-Stimmrechte

Die Stimmrechte im EZB-Rat sollten nicht mehr dem Prinzip „ein Land – eine Stimme“ folgen, sondern mit den Kapitalanteilen der Euromitglieder an der EZB gewichtet werden.

4. Einstimmigkeitserfordernis für Kreditvergaben

Zwischenstaatliche Kredit, die der EZB-Rat veranlasst oder hinnimmt, bedürfen einstimmiger Entscheidungen im Rat und der Zustimmung der kreditgebenden Länder.

5. Liquiditätshilfe begrenzt auf zwei Jahre

Die Unterstützungsmaßnahmen des EFSF müssen sich auf Liquiditätshilfen für Krisenländer konzentrieren. Sie sind auf zwei Jahre zu begrenzen.

6. Zerlegung des Problems im Fall einer drohenden Insolvenz

Wenn ein Land seine Schulden nach zwei Jahren nicht bedienen kann, darf nicht länger nur ein vorübergehender Liquiditätsengpass unterstellt werden; vielmehr ist von einer drohenden Insolvenz auszugehen. In einem solchen Fall ist unter Ausschluss der sogenannten Cross-Default-Regeln ein automatischer „Haircut“ auf alle fällig werdenden Anleihen – und zwar nur auf sie – vorzunehmen. Die abgewerteten Altschulden werden durch neue Staatsanleihen ersetzt, die bis zu 80 Prozent vom EFSF garantiert werden. Die Garantien werden auf 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt.

7. Volle Insolvenz und Verlassen der Eurozone

Ein Land, dessen Garantien gezogen werden

oder das seine Garantiegrenzen sprengt, muss seine Insolvenz erklären. Dem fraglichen Land wird ein „Haircut“ auf seine gesamte Staatsschuld gewährt. Es muss die Eurozone verlassen.

8. Basel IV: Höhere Risikogewichtung von Staatsanleihen

Den Basel III-Regeln für Banken muss ein Basel IV-System folgen. In ihm sind die Risikogewichte für Staatsanleihen von Null auf das Niveau für mittelständische Unternehmen zu erhöhen.

9. Höhere Eigenkapitalunterlegung

Die Eigenkapitalquote der Banken ist gegenüber dem Basel-III-System um die Hälfte zu erhöhen (Kernkapitalquote und bilanzielle Quote).

10. Rekapitalisierung von Banken

Schwache Banken, die nicht in der Lage sind, genügend privates Kapital am Markt aufzunehmen, um diese Anforderungen zu erfüllen, werden zu einer Rekapitalisierung gezwungen und teilweise verstaatlicht. Die staatlichen Anteile werden wieder veräußert, sobald die Krise überwunden ist.

Fazit eines Artikels, der am 3. Oktober 2011 bei VoxEU erschienen ist. Die englische Langfassung inklusive der hier nicht wiedergegebenen Problemanalyse kann im Internet unter <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/7059> nachgelesen werden.

PROF. DR. DRES. H.C. HANS-WERNER SINN
Präsident des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Terminvorschau

21. NOVEMBER, MÜNCHEN

Bezirk München: Münchner Wirtschaftstag; Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit; Horst Schneider, Mitglied des Vorstandes der TÜV SÜD AG; anschließend Podiumsdiskussion, „Megatrends der Nachhaltigkeit – Umwelt und Gesundheit – Neue Anforderungen an Unternehmen“

23. NOVEMBER, SCHWANDORF

Bezirke Regensburg, Weiden/Nordoberpfalz, Jura-Kreis und Ausschuss für Strukturpolitik und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Kooperation mit der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz: German Bausch, Rektor Bereich Schulen der Regierung der Oberpfalz; Miloslav Sláma, EURES-Beauftragter der Kreiswirtschaftskammer Klatovy; Joachim Ossmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Schwandorf; Ludwig Rechenmacher,

Abteilungsleiter Außenwirtschaft der Handwerkskammer; Moderation: Karin Gabriel, Rechtsanwältin, Handwerkskammer; „Grenz-überschreitender Arbeits- und Ausbildungsmarkt – Fakten und Perspektiven“

24. NOVEMBER, MÜNCHEN

Ausschuss für Umweltpolitik: Prof. Dr. Gerhard Wenzel, bis 2010 Dekan des Wissenschaftszentrums Weihenstephan der Technischen Universität München „Grüne Gentechnik – wohin geht die Entwicklung?“

5. DEZEMBER, EIBELSTADT

Bezirk Würzburg: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern „Wirtschaftsbeirat Bayern – Anwalt einer zukunftssichernden Wirtschaftspolitik“

6. DEZEMBER, MÜNCHEN

Ausschuss für Medienpolitik: Jürgen Doetz, Präsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien e.V. „Bayerns Bedeutung für den

Privatfunk und besondere Herausforderungen für die Medienbranche in der Web 2.0-Ära.“

6. DEZEMBER, MÜNCHEN

Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik: Martin Fuchs, Vorsitzender der Geschäftsführung der TenneT TSO GmbH; Dr. Thomas König, Mitglied der Vorstände der E.ON Energie AG u. der E.ON Ruhrgas AG; „Hält das Netz? Die Herausforderungen an die Stromnetze nach der Energiewende“

7. DEZEMBER, MÜNCHEN

Bezirk München: Weihnachtsessen des erweiterten Vorstandes

14. DEZEMBER, MÜNCHEN

Junge Unternehmer: Weihnachtsabend

19. DEZEMBER, ASCHAFFENBURG

Bezirk Aschaffenburg: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern „Wirtschaftsbeirat Bayern – Anwalt einer zukunftssichernden Wirtschaftspolitik“

Passau und Ungarn – eine Reise in eine bewegte Vergangenheit und Zukunft

Ungarn geht es wirtschaftlich nicht gut – vielen Ungarn noch schlechter. Das ist die Erkenntnis aus einer Informationsreise des Bezirks Passau in das ehemalige Musterland an der Donau. Doch es gibt auch gute Nachrichten, vor allem vom größten deutschen Investor: Audi.

Dr. Zsolt Becsey ist Berater des ungarischen Ministerpräsidenten Orban in Wirtschaftsfragen. Und er ist ein Mann der klaren Worte. Zunächst lobt er die Wirtschaftsbeziehungen mit Bayern. 25 Prozent der Ein- und Ausfuhren Ungarns erfolgten mit Bayern. Doch die Wirtschaft kämpfte mit großen Problemen, besonders die Landwirtschaft. Ein Beispiel: Obwohl Ungarn Agrarland sei, würden viele Agrarprodukte importiert. „Die ausländischen Firmen beziehen meist ausländische Güter, verarbeiten sie, verkaufen sie hier oder exportieren sie dann wieder“ sagt Dr. Becsey. Ungarn sei oft nur die Werkbank. Es komme zu keiner tiefen Wertschöpfung.

Deshalb, davon ist Becsey überzeugt, bleibe die Wirtschaft hinter ihren Möglichkeiten zurück, während die Arbeitslosigkeit gleichzeitig steige. Offiziell gebe es zwar „nur“ knapp zwölf Prozent Arbeitslose, aber „40 Prozent sind tatsächlich inaktiv“, rechnet er vor. Der große Fehler: In der Vergangenheit seien die Erlöse aus der Privatisierung in soziale Projekte gesteckt und nicht für Investitionen auf dem Wirtschaftssektor verwendet worden. Die Sozialleistungen seien immens, die Staatsverschuldung habe von 50 auf 80 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung zugenommen. „Wir stehen vor kritischen Jahren“, gibt er in aller Offenheit zu.



v.l.n.r.: Dr. Otto Wiesheu, Dr. Zsolt Becsey, Rudi Fellner

Das sieht auch Gabriel Brennauer so, Repräsentant des Freistaates Bayern in der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer. Er bestätigt, dass Bayern der

wichtigste Handelspartner für Ungarn ist und viele Investoren aus Bayern kämen. Übrigens, vier von fünf Investoren in Ungarn würden einer Umfrage zufolge diesen Schritt noch einmal tun. „Aber es ist schwieriger geworden“, räumt er ein. Die neue Regierung Orban handle zwar sehr entschlossen und schrecke auch vor unpopulären Entscheidungen nicht zurück, aber „deren Umsetzung ist nicht immer leicht nachvollziehbar“.



v.l.n.r.: Gabriel Brennauer, Rudi Fellner, Dr. Otto Wiesheu

Der Bevölkerung werden erhebliche Belastungen zugemutet. Die Mehrwertsteuer soll nun auf 27 Prozent erhöht werden, Löhne und Gehälter werden ebenso gekürzt wie die Sozialleistungen. Was aber vielen Ungarn allergrößte Sorgen bereitet, sind die vor Jahren im Ausland aufgenommenen billigen Kredite, insbesondere in Schweizer Franken, die nun zurückbezahlt werden müssen – bei einem nahezu doppelt so hohen Umrechnungskurs wie bei der Ausreichung der Darlehen.

Wer bei einer ausländischen Firma einen festen Arbeitsplatz hat, ist etwas besser dran. Bei Audi Hungaria in Győr (ehemals Raab) beispielsweise. Nach MOL, der ungarischen Mineralölfirma, ist Audi der zweitbedeutendste Arbeitgeber des Landes. Und nach einer neuen Umfrage zum dritten Mal in Folge der attraktivste. Finanzvorstand Dr. Johannes Roscheck präsentiert seine Zahlen nicht ohne Stolz. Rund 1,9 Millionen Motoren werden bis Jahresende bei Audi in Győr gefertigt, die unter anderem in Fahrzeuge von Audi, Volkswagen, Seat, Skoda, aber auch Bentley und Lamborghini eingebaut werden. Dazu werden knapp 40 000 Fahrzeuge in diesem Jahr in Győr montiert, vor allem Audi TT Coupe, TT Roadster, A 3 Cabriolet und der RS 3 Sportback. Mehr als 900 Millionen Euro investiert Audi in den nächsten Jahren in ein völlig neues Automobilwerk auf dem Werksgelände in Győr. Ab 2013 sollen hier jährlich rund 125 000 Autos vom Band rollen.



v.l.n.r.: Rudi Fellner, Dr. Johannes Roscheck, Dr. Otto Wiesheu

Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Bayerischen Wirtschaftsbeirates, erwies sich bei dieser Informationsfahrt nicht nur als aufmerksamer Zuhörer, sondern als früherer langjähriger bayerischer Wirtschaftsminister auch als besonderer Kenner der ungarischen Wirtschaft. Er, wie auch Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann und die anderen Mitreisenden, zeigten sich beeindruckt von der Vielfalt der Informationen und Eindrücke, die diese Ungarn-Reise bot.

Dafür hatte wieder einmal der Vorsitzende des Bezirks Passau, Rudi Fellner, gesorgt. Gemeinsam mit Annemarie Schmöller hatte er ein abwechslungsreiches Programm ausgearbeitet. Einen Besuch in Heviz beispielsweise nahe dem Balaton, hier liegt der zweitgrößte Thermalsee weltweit.

Pecs, europäische Kulturhauptstadt 2010, wartete mit zahlreichen Sehenswürdigkeiten auf, seien es die unterirdischen Grabkammern aus der Römerzeit, die alte Stadtmauer, die auch die vom Papst zur „Basilica Minor“ ernannte Kathedrale umfasst, die zur katholischen Kirche umgewandelte Moschee des Pascha Gazi Kassim oder die „Apotheke vom Sarazenen“, um nur das aufzuzählen, was in der kurzen Zeit besichtigt werden konnte.

Und Budapest natürlich, eine Stadt zum Verlieben. Günter Kölbl, der überaus kundige Busfahrer von Fürst-Reisen, unternahm gleich zwei abendliche Stadtrundfahrten und sorgte für unvergessliche Eindrücke. Nicht minder eindrucksvoll der Besuch des ungarischen Parlaments. Schließlich noch einige Geschichten zur Geschichte zwischen Passau und Ungarn – die Teilnehmer der Delegationsreise waren nach der Rückkehr des Lobes voll und versicherten einmütig: Beim nächsten Mal sind wir wieder dabei.

GERD BRUNNER

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



▲ Energieausschuss am 6. Oktober

Über die Bedeutung und den Beitrag von Erdgas bei der Energiewende berichtete Klaus Schäfer (Mitte), Vorstandsvorsitzender der E.ON Ruhrgas AG. Ausschussvorsitzender Armin Geiß (re.), Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann (li.).



▲ Umweltausschuss am 10. Oktober

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen in Berlin, Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich (Mitte), zeigte „Perspektiven der Umweltpolitik für ein nachhaltiges Deutschland“ auf. Ausschussvorsitzender Dr. Willi Kleine (li.), Stellv. Vorsitzender Dr. Johannes Richter.



▲ Arbeitskreis Immobilien am 12. Oktober

Dr. Jürgen Rauch (2. v. r.), Vizepräsident der VFA, ging in seinem Vortrag auf Entwicklungen bei Städtewachstum, Siedlungsstruktur und Verkehrsaufkommen ein, wie sie weltweit zu beobachten sind. Die Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München Prof. Dr. Elisabeth Merk (2.v.l.) berichtete über die Pläne und Strategien der Stadt München vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen im Städtebau. Arbeitskreisvorsitzender Dr. Dirk Brückner (li.) und Hans Hammer (re.).



▲ Medienausschuss am 6. Oktober

Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn, referierte über das Thema „Regulierung sichert Innovation und Investition“.



▲ Ausschuss Wirtschaftspolitik am 20. Oktober

Zum Thema „Die nächste Generation in Deutschlands Familienunternehmen: Werte, Zielsetzungen und Pläne – was erwartet uns?“ diskutierten Prof. Dr. Reinhard Prügl (2.v.r.), Zeppelin University, Hans Hammer (2.v.l.), Hammer AG, Ausschussvorsitzender Dr. Thomas Bühler (re.) und der Stellv. Vorsitzende Joachim Graf von Arnim (li.).

Starke Franken für Europa? Log(ist)isch!



Spedition Wormser KG
Hauptverwaltung
Konrad-Wormser-Straße 1
D-91074 Herzogenaurach

Telefon: +49 9132 903-0
Telefax: +49 9132 903-259
E-Mail: info@wormser.de
www.wormser.de

